

**Protokoll
über die 45. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Schule am 12.03.2008**

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Jähmig, Claus Jürgen Fraktion
Unabhängige Bürger

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Voss, Renate Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ordentliche Mitglieder

Lederer, Walter Fraktion DIE
LINKE
Meslien, Daniel SPD-Fraktion
Walther, Manfred SPD-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Haverland, Torsten CDU-Fraktion
und Liberale
Holtzhauer, Rolf Dr. med. Fraktion DIE
LINKE

Verwaltung

Buck, Holger
Joachim, Martina
Niesen, Dieter
Schwabe, Marita

Schriftführer

Credè, Norbert

Gäste

Weinert, Klaus

Leitung: Claus Jürgen Jähmig

Schriftführer: Norbert Credè

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 20.02.2008 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

- 4.1. Notwendige Anpassung des Bedarfs an Schulsozialarbeit an der Bertolt-Brecht-Schule
Vorlage: 01915/2008

5. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Ausschusses begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Antrag verschiedener Mitglieder des Ausschusses wird der Tagesordnungspunkt 5 wie folgt ergänzt:

1. Berufliche Schulen Gesundheit und Soziales
2. Theater
3. Turnhalle Amtstraße

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den Ergänzungen einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 20.02.2008 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Niederschrift der 44. Sitzung vom 20.02.2008 wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

1. Herr **Niesen** informiert den Ausschuss, dass eine endgültige Neuregelung der Zuständigkeiten der Beigeordneten noch nicht getroffen sei.
2. Frau **Schwabe** informiert über den Schweriner Kultursommer 2008, dessen Eröffnung am 13 Juni stattfinde. Als Thema stehe in diesem Jahr der Tanz mit Darbietungen auf vier Bühnen im Mittelpunkt. In den Kultursommer werde ein internationaler Tango-Workshop des Schweriner Tangovereins unter Mitwirkung von Teilnehmern aus Schwerins Partnerstädten eingebettet.
3. Für den 12./13. Juni sei ein internationales Jazz-Festival in Zusammenarbeit mit dem Polnischen Kulturinstitut und den Partnerstädten geplant.
4. Das Freilichtmuseum in Schwerin-Mueß öffne in diesem Jahr schon an den Ostertagen und damit früher als sonst. Die Saison dauere bis in den Spätherbst. Damit würden die Öffnungszeiten deutlich ausgeweitet.

5. Das Forum-Kino arbeite in diesem Jahr erstmals nach dem neuen Konzept. Angestrebt werde ein anspruchsvolles Programm zu den kulturellen Höhepunkten (unter anderem Kultursommer, Literaturtage), zu dem Fördermittel des Landes bereits zugesagt seien. Geplant werden darüber hinaus ein Senioren-Kino und fremdsprachige Filme im Rahmen der Bildungsangebote der Volkshochschule.
6. Die Volkshochschule habe einen ersten, größeren Ausbildungsauftrag im Bereich der Computerschulung mit der Landesforstverwaltung zur Weiterbildung der Mitarbeiter abgeschlossen. Wegen weiterer Verträge stehe man in Gesprächen mit verschiedenen Unternehmen.

Anfragen:

Herr **Jähnig** bittet um Auskunft, wann mit der Vorlage des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) zu rechnen sei.

Herr **Niesen** sieht sich aufgrund der laufenden verwaltungsinternen Abstimmung noch nicht in der Lage, einen konkreten Termin zu nennen.

Herr **Meslien** fragt nach den Anmeldezahlen der Schweriner Schulen für das Schuljahr 2008/2009.

Verlässliche Zahlen lägen bislang nur für die Grundschulen mit 570 Anmeldungen vor, informiert Herr **Buck**, so dass dort etwa 22 Klassen gebildet und die Schulen zwei- bis dreizügig geführt werden könnten. Allerdings seien die schulärztlichen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen, die Zahlen also noch nicht endgültig. An den privaten Grundschulen hätten sich um die 220 Schüler angemeldet, von denen 22 bis 23 Prozent aus dem Stadtgebiet kämen.

Zu den weiterführenden Schulen könne er keine verbindliche Auskunft erteilen. Es sei zu erwarten, dass an den Regionalschulen wohl sechs oder sieben Eingangsklassen der Klassenstufe 5 sowie fünf bis sechs Klassen der Klassenstufe 7 gebildet werden könnten.

Herr **Lederer** bat um Auskunft zur Genehmigung einer weiteren Grundschule in freier Trägerschaft, über die in der Presse berichtet worden sei. Dazu teilt Herr **Buck** mit, dass nach seinem Informationsstand die Genehmigung mit einigen Auflagen hinsichtlich des Unterrichtsspektrums und der Lehrerversorgung erteilt sei, Anmeldezahlen seien ihm nicht bekannt.

Zu den von Herrn **Lederer** erfragten Anmeldungen an Musikgymnasien könne er ebenfalls keine Zahlen nennen. Ob die für diese Schulen aufgehobene Begrenzung der Mindestschülerzahl pro Klasse Auswirkungen zeige, lasse sich noch nicht sagen.

zu 4 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 4.1 Notwendige Anpassung des Bedarfs an Schulsozialarbeit an der Bertolt-Brecht-Schule
Vorlage: 01915/2008

Bemerkungen:

Herr **Meslien** erläutert den Antrag, der auf eine schon frühere Initiative zurückgehe und dessen Anlass eine Gewalttat an der Schule gewesen sei. Die Notwendigkeit zur Einrichtung einer zweiten Schulsozialarbeiterstelle ergäbe sich aus

- der Größe der Schule mit über 700 Schülern,
- der besonderen Struktur der Schülerschaft, die aus der ganzen Stadt und aus allen sozialen Schichten komme
- sowie der Eigenschaft als gebundener Gesamtschule.

Zum Verfahren bemerkt Herr **Meslien**, dass der Jugendhilfeausschuss einen leicht geänderten Beschluss gefasst habe und schlägt vor, der Ausschuss KSS möge sich diesem Beschluss anschließen.

Herr **Jähnig** verliest daraufhin den Wortlaut des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses (s. u.).

Frau **Joachim** erläutert dazu, dass die in dem Beschluss angeführte Summe den Kosten der Stelle für das erste Schulhalbjahr 2008/2009 entspreche. Herr Schmitt habe aber schon angekündigt, Fördermittel des Landes in Anspruch nehmen zu wollen, so dass die tatsächlich anfallenden Kosten eher geringer würden. Sie verweist auf die laufenden Verträge mit den Trägern der Jugend- und Schulsozialarbeit, welche die im Haushalt 2008 veranschlagten Mittel bänden, so dass eine weitere Stelle die Aufstockung des Budgets erforderlich mache. 2009 werde die Stelle dann bei der Veranschlagung des Budgets berücksichtigt.

Auf die Frage Herrn **Lederers** nach einem möglichen Träger der Stelle, kündigt Frau **Joachim** die Fortsetzung der bisher bestehenden Zusammenarbeit mit der Regionalen Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Schwerin e.V. an, die sich dazu auch bereit erklärt habe.

Abschließend stellt Herr **Jähnig** den Beschlussvorschlag in der geänderten, vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zum Schuljahr 2008 eine zweite Schulsozialarbeiterstelle an der Bertolt-Brecht-Schule einzurichten. Dazu soll für das Jahr 2008 eine Haushaltsstelle eingerichtet und mit maximal 12.500,00 Euro zusätzlich zum Budget ausgestattet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 5 Sonstiges

Bemerkungen:

1. Berufliche Schulen Gesundheit und Soziales

Herr **Lederer** bat um Auskunft über den Stand der Entwicklung hinsichtlich der beruflichen Schulen Gesundheit und Soziales. Er bezieht sich dabei auf den Schulentwicklungsplan, der die Aufhebung der Schulen vorsehe, der aber auf Plänen beruhe die wiederum die gescheiterte Kreisgebietsreform zur Grundlage gehabt hätten, in deren Umsetzung Regionale Berufsbildungszentren hätten geschaffen werden sollen.

Bleibe es nun bei der Fusion der beiden Schulen, von denen damals das Schuljahr 2010/2011 als möglicher Termin genannt worden sei?

Zugleich möchte er wissen, ob weiterhin an einen Umzug der fusionierten beruflichen Schule in die Johannes-R.-Becher-Schule gedacht werde und verweist darauf, dass die Schule bis 2009 vermietet sei.

Er regt an, das Thema in einer der folgenden Sitzungen des Ausschusses vertieft zu behandeln.

Herr **Niesen** befürwortet die spätere Vertiefung des Themas, zumal er ad hoc auch keine gesicherten und verbindlichen Informationen geben könne. Er spricht die Bedeutung der Berufsschulen für Schwerin an, und weist darauf hin, dass die Stadt versuche, die berufliche Bildung in Schwerin zu bündeln. Da aber auch hier der Zwang zur Wirtschaftlichkeit bestehe, sei eine Konzentration von Standorten zur Optimierung der Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Schulen anzustreben.

In bezug auf die Johannes-R.-Becher-Schule bedeutet Herr **Meslien**, dass mit entsprechenden Beschlüssen von Fachausschuss, Hauptausschuss und Stadtvertretung ein Prüfauftrag zur Nutzung der Gebäude erteilt worden sei. Nun habe er feststellen müssen, dass die J.-R.-Becher-Schule, die in baulich gutem Zustand sei, im September vergangenen Jahres zum Verkauf ausgeschrieben worden sei. Er äußerte sein Unverständnis darüber, dass weder ein Ergebnis des Prüfauftrags vorliege, noch der Ausschuss über den Verkauf oder eine Veränderung bei der Planung zu den beruflichen Schulen informiert sei.

2. Theater

Herr **Walther** bittet um Information, über den Stand zur Übergabe des endgültigen Prüfberichts des Landesrechnungshofes zum Staatstheater; dem Ausschuss seien bisher nur vorläufige Ergebnisse bekannt geworden. Nach Auskunft von Herrn **Niesen** liege der abschließende Bericht noch nicht vor. Es sei aber schon eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Oberbürgermeister in den nächsten zwei bis drei Wochen abgesprochen, auf welcher der Bericht vorgestellt werden solle. Herr **Niesen** schlägt vor, die Ergebnisse der Prüfung des Staatstheaters zu extrahieren und dem Ausschuss zur Information separat vorzulegen.

3. Sporthalle Amtstraße

Herr **Dr. Holtzhauer** bittet um Auskunft zur derzeitigen Nutzung der Halle. Ihm sei zu Ohren gekommen, dass dort bauliche Veränderungen geplant, aber noch keine Beschlüsse dazu gefasst seien. Da nun der Sportverein „Balance Schwerin e.V.“ die Halle nutzen oder nutzen wolle, interessiere ihn, ob sich alles reibungslos vereinbaren lasse

Er beantragt, den anwesenden Vorsitzenden von Balance e.V. zu dem Thema zu hören.

Da der Ausschuss dem zustimmt, erteilt Herr **Jähmig** Herrn **Weinert** das Wort.

Herr **Weinert** stellt Balance Schwerin e.V., das Programm des Vereins und den aktuellen Stand der Verhandlungen mit der Stadt um eine Nutzung der Halle aus seiner Sicht dar (s. Anlage zum Protokoll).

Im Anschluss verweist Herr **Niesen** zunächst darauf, dass dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung stehe, zumal Herr **Weinert** in seiner Darstellung habe deutlich werden lassen, dass es sich um offene Vertragsfragen zur Vergabe der Halle in Erbbaurecht handele, die nicht in öffentlicher Sitzung zu diskutieren seien.

Er betont, dass die Stadt sich sehr bemühe, dem Verein entgegen zu kommen. Als Eigentümer habe sie die baulich in schlechtem Zustand befindliche Halle zu erhalten und die Verkehrsicherungspflicht wahrzunehmen. Dies könne nicht im Interesse der Stadt liegen, zumal die Kosten dafür sehr hoch wären.

Für den Fall einer Vermietung an Balance Schwerin e.V. würde sich am Eigentum und der Verantwortung für die Sicherheit des Gebäudes nichts ändern. Die Stadt sei angesichts der Haushaltslage nicht im Stande, die angesichts des Zustands der Halle erwartbaren Reparaturkosten oder gar Sanierungsinvestitionen nicht tragen. Deshalb sei dem Verein ein Erbbaurechts, mit dem er rechtlich in eine eigentümerähnliche Position komme und beispielsweise für Förderprogramme beispielsweise zur Sportstättenunterhaltung antragsberechtigt werde.

Herr **Dr. Holtzauer** wirft die Frage nach dem Denkmalschutz der aus dem Jahr 1863 stammenden Halle auf und weist darauf hin, dass bis vor kurzem darin Sport getrieben worden sei.

Ob die Halle unter Schutz stehe, kann seitens der Verwaltung nicht definitiv beantwortet werden, auch die Vermutung, dass sie innerhalb des Sanierungsgebietes Schelfstadt läge, lässt sich nicht bestätigen.

Herr **Niesen** bittet erneut, das Thema bis zum Abschluss der Gespräche mit dem Verein zu vertagen. Hinsichtlich des baulichen Zustands betont er, dass die Verantwortlichkeit für die Sicherheit und die Haftung für Schäden durch Baumängel eine ganz andere Sache seien, als etwa der Eindruck, den die Halle auf Nutzer mache. Subjektiv möge keine vom baulichen Zustand ausgehende Gefahr gesehen werden, objektiv sähe die Sache aber anders aus.

Herr **Haverland** wollte wissen, ob die Halle in das Sportstättenkonzept der Stadt aufgenommen sei.

Dies sei der Fall bei der Berechnung der Sportflächen in der Stadt zur Ermittlung des Flächenbedarfs, antwortet Frau **Joachim**. Ansonsten stelle das Sportstättenkonzept eine Leitlinie dar und kein Konzept für einzelne Objekte.

Herr **Haverland** führt die demographische Entwicklung an, die auch Auswirkungen auf die Sportlandschaft habe. In diesem Zusammenhang sehe er den Bedarf an der Halle als stadtteilbezogene Sportstätte. Wenn der Verein die Kosten trage, könne er auch vom Landessportbund Fördermittel zur baulichen Unterhaltung bekommen. Er verweist auf andere Vereine, die für ihre Sportstätten auch keinen Erbpachtzins zahlten.

Frau **Joachim** hält dem entgegen, dass es keinen Sportverein in Schwerin gäbe, mit dem ein Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen sei. Die abgeschlossenen Nutzungsverträge seien rechtlich anderer Natur. Außerdem seien diese Verträge Ende der neunziger Jahre abgeschlossen und den Vereinen Objekte in gutem Zustand oder sanierte Objekte übertragen worden. Die Frage der Haftung und größerer Sanierungsinvestitionen habe sich im Gegensatz zur Turnhalle Amtstraße nicht gestellt.

Herr **Meslien** bittet Herrn **Weinert** um Auskunft, ob die Teilnehmer an Übungsgruppen Mitglieder des Vereins werden müssten, auch wenn sie beispielsweise von einem Arzt verschriebene gesundheitliche

Rehabilitationsmaßnahmen wahrnehmen

Herr **Weinert** gibt an, dass es in solchen Fällen Zuzahlungen von der Krankenkasse gebe. Mitglied müsse kein Teilnehmer solcher Maßnahmen werden. Man versuche natürlich, auch die Reha-Patienten an den Verein zu binden und sie von einer Mitgliedschaft zu überzeugen.

Von Herrn **Haverland** möchte Herr **Meslien** wissen, ob die Vergabe der Sportförderung durch den Landessportbund auch unter stadtbezogenen Kriterien entschieden werde. Dies spiele schon eine Rolle, so Herr **Haverland**, sei aber nicht generell maßgebend und werde je nach Größenordnung der Projekte unterschiedlich gehandhabt. So würden kaum mehrere Großprojekte an einem Ort gefördert werden, wohl aber verschiedene Projekte kleineren Volumens. Zudem gebe es inzwischen eine neue Regelung hinsichtlich der Ausreichung von Mitteln aus dem europäischen Fonds zur Förderung ländlicher Regionen (ELA-Mittel), die nicht mehr in Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern ausgereicht werden dürften. Es sei zu erwarten, dass damit ab 2009 die Förderung von Großprojekten wohl entfalle.

Herr **Lederer** wies darauf hin, dass das Thema Turnhalle Amtstraße nunmehr zum dritten Mal im Ausschuss unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ abgehandelt werde. Dies sei bei einem solchen Thema nicht angemessen. Er bitte deshalb darum, zukünftig derart wichtige Themen als ordentlichen Tagesordnungspunkt anzusetzen.

gez. Claus Jürgen Jähmig

Vorsitzende/r

gez. Norbert Credè

Protokollführer